

Peter Lösche/Anja Ostermann (Hrsg.)  
Die Ära Obama

Schriftenreihe Band 1290

Peter Lösche/Anja Ostermann (Hrsg.)

# Die Ära Obama

Erste Amtszeit

Bonn 2012

© Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktion: Hildegard Bremer, Benjamin Dresen  
Lektorat: Yvonne Paris

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Herausgeber die Verantwortung.

Redaktionsschluss: August 2012  
Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel  
Umschlagfoto: © Jewel Samad/AFP/Getty Images. Arbeiter hängen Shepard Faireys Porträt von US-Präsident Barack Obama in der National Portrait Gallery in Washington auf, 17. Januar 2009  
Satzherstellung: Naumilkat, Düsseldorf  
Druck: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-8389-0290-6

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	9
PETER LÖSCHE	
<b>Einleitung</b>	12
Das Holz, aus dem Präsidenten gemacht sind	14
Demografische Veränderungen und Wahlverhalten	18
Das Deutschlandbild der Amerikaner, das Amerikabild der Deutschen	21
Wer wird Präsident?	25
JOSEF BRAML	
<b>Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Indikator und Katalysator innerer Schwächen der USA</b>	31
Die verlorene Generation	31
Soziale Ungleichheit am Start	32
Schuldenfinanzierte Häuser als Geldautomaten	34
Konsumschwäche, Arbeitslosigkeit und Belastung der Sozialsysteme	35
Rekordhaushaltsdefizite und Staatsverschuldung	37
Die Blockade der Politik	39
Freie Hand für freien Handel?	40
Vabanquespiel der US-Notenbank	42
Gefährdung des »exorbitanten Privilegs« der USA	43
Machteinbußen	45
STEFAN KORNELIUS	
<b>Die Außenpolitik der USA</b>	50
Der unaufhaltsame Niedergang	51
Lehren aus dem Abstieg	53
Ein Team starker Rivalen	56

Ausweg Abzug	57
Die Mühsal der Ebene	59
Pragmatismus im Frühling	61
Der Blick nach Westen	63
Die neue Macht-Formel	66
STEPHAN BIERLING	
<b>Obama und die Kriege</b>	69
Der Irak-Krieg	70
Der Krieg in Afghanistan	77
Der Antiterror-Krieg gegen die Taliban und al-Qaida	83
Der Libyen-Krieg	85
Fazit	86
MELINDA CRANE	
<b>Die sichtbare Schere: Rückkehr der Klassengesellschaft</b>	91
Die Schere wird breiter	92
Der Strom schien alle Boote zu heben	94
<i>Declinism</i>	95
Politik und Polarisierung: <i>Culture Wars</i> statt Klassenkampf?	98
Staat, Mobilität und Steuer: das Wahljahr 2012	100
CHRISTIAN LAMMERT	
<b>In den Mühlen des Kongresses: Gesundheitspolitik</b>	103
Einleitung	103
Strukturen und Defizite des US-amerikanischen Gesundheitswesens	104
Reformblockaden und -möglichkeiten in der Gesundheitspolitik	106
Obamas Gesundheitsreform? – Der <i>Patient Protection and Affordable Health Care Act</i>	108
In den Mühlen des Kongresses	112
Fazit und Ausblick	118

TORBEN LÜTJEN	
<b><i>Divided We Stand: Warum Amerika so gespalten ist</i></b>	121
Nach den Blüenträumen	121
Symptome der Spaltung	123
Die drei Erklärungsebenen für die ideologische Polarisierung der USA	126
Historische Bruchlinien: Die Aufkündigung des amerikanischen Konsenses	126
Wandel des politischen Wettbewerbs: <i>Gerrymandering</i> und <i>Primaries</i>	133
Kultureller Wandel: Zum Phänomen der »paradoxen Individualisierung«	135
Fazit	140
WINFRIED FLUCK	
<b>Die amerikanische Gegenwartskultur: Von der Mainstream- zur Patchwork-Kultur</b>	146
Pluralisierung und kulturelle Ausdifferenzierung	146
Denationalisierung	148
Kulturelle Entwicklungen nach 9/11	152
Post-Exzeptionalistische Tendenzen	155
Kultureller Wertewandel?	160
MICHAEL MINKENBERG	
<b>Religion und Politik unter der Präsidentschaft Barack Obamas</b>	164
Einleitung	164
Die Bush-Ära – eine religionspolitische Bilanz	165
Obama und die Gretchenfrage	166
Die Wahl von 2008: Stabilität des religiösen Faktors	168
Trends in der Wählerschaft und in der öffentlichen Meinung	171
Gegenbewegungen im Gegenwind? Die Christliche Rechte und die <i>Tea Party</i>	176
Die Moralpolitik der Obama-Administration: Bruch mit Bush vs. Druck von rechts	178
Ausblick: 2012 und danach	181

KERSTIN PLEHWE

<b>Unter amerikanischer Führung: Aufbruch in ein neues Zeitalter der Kommunikation?</b>	186
Das Internet: neue Chancen für die politische Kommunikation	187
Die Erschließung der Wählerschaft durch »klassische« Kommunikationskanäle	192
Politische Kommunikation als emotionaler und lebendiger Dialog	193
Die politische Kommunikation Barack Obamas	193
Der Präsidentschaftswahlkampf 2012	198
Kann Barack Obama die US-Bürger erneut mobilisieren?	201
Fazit	202

LUDGER HELMS

<b>Politische Führung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Europa</b>	204
Die Vielfalt westlicher Regierungssysteme	204
Die Bedeutung der institutionellen Komplexität von Regierungssystemen	207
Die Bedeutung der Regierungsformen	210
Schlussbemerkung – Anzeichen und Grenzen einer Annäherung politischer Führung in den USA und Europa	217
<b>Die Herausgeber, Autorinnen und Autoren</b>	222

## Vorwort

Im Fokus des vorliegenden Essaybands steht die Frage: Wie lässt sich die erste Amtszeit Barack Obamas bilanzieren? Die Publikation erhebt dabei nicht den Anspruch auf eine vollständige Analyse der ersten Obama-Administration, schon gar nicht auf eine umfassende Wertung der persönlichen Bilanz eines politischen Shootingstars und Hoffnungsträgers, des ersten Afroamerikaners im Präsidentenamte der Vereinigten Staaten. Vielmehr haben wir unseren Autorinnen und Autoren freie Hand bei der Behandlung ihrer Themen gelassen – um genau das zu erzielen, was der Band einlöst: eine lesenswerte und facettenreiche Zusammenstellung der Positionen, eine Vielfalt der Interpretationen, Perspektiven und analytischen Herangehensweisen.

Das Spektrum der Beiträge eröffnet Josef Bramls Analyse der Finanz-, Wirtschafts-, Politik- und Verfassungskultur der Vereinigten Staaten, deren Krisenerscheinungen unter anderem zu der derzeit recht schwierigen sozialökonomischen Situation in den USA geführt haben. Dabei legt Braml auch offen, inwiefern die in der amerikanischen Verfassung angelegte Konkurrenz der politischen Gewalten und Akteure in der politischen Realität der Amtszeit Obamas zu einer Zuspitzung geführt hat, die die politische Handlungsfähigkeit des Präsidenten im Innern wie nach außen erschweren.

Die Restriktionen, innerhalb deren ein amerikanischer Präsident – und aktuell ein so begnadeter Kommunikator wie Obama – agiert, sind auch Thema des Beitrags von Ludger Helms. Im Vergleich des US-amerikanischen präsidentiellen Regierungssystems mit den parlamentarischen Regierungssystemen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland sowie des semi-präsidentiellen Systems in Frankreich, legt der Autor dar, inwiefern sich die amerikanische Demokratie von den europäischen unterscheidet.

Dem Feld der US-Außenpolitik unter Obama widmen sich die Beiträge von Stefan Kornelius und Stephan Bierling. Ersterer geht der Frage nach, warum einerseits die alleinige Vorherrschaft der USA im internationalen System gebrochen ist, obwohl andererseits ihre Rolle als Supermacht und globaler Ordnungsfaktor nach wie vor nicht infrage steht. Kornelius fasst die Bilanz der US-amerikanischen Außenpolitik mit den Schlüsselbegriffen Abwicklung, Ansehen, Wirtschaft, Asien und Abrüstung zusammen und verdeutlicht, wie drastisch sich der Kurs der USA in den vier Jahren der Präsidentschaft Obamas verändert hat.

Stephan Bierling befasst sich mit einer spezifischen Frage amerikanischer Außenpolitik, den Kriegen im Irak, in Afghanistan und in Libyen. Der Rückzug aus dem Irak und der geplante Truppenabzug aus Afghanistan sowie die zurückhaltende Rolle der USA im Libyen-Krieg gelten Bierling als Indizien für die Neuausrichtung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik in der Post-9/11-Phase.

»Divided We Stand«: Melinda Crane und Torben Lütjen gehen auf unterschiedliche Art und Weise der Frage nach, warum die amerikanische Gesellschaft und Politik gegenwärtig so fundamental gespalten sind, wie seit der Zeit des Bürgerkrieges und der *Reconstruction* nicht mehr. Wo liegen die Gründe dafür, dass eine so stolze und nach außen selbstbewusste Nation im Innern so zerrissen und voller Selbstzweifel ist? Wie erklären sich die fundamentale ideologische Polarisierung und das Sichtbarwerden einer neuen Klassengesellschaft, die sich in der *Occupy-Wall-Street*-Bewegung und dem *Tea Party Movement* manifestieren? Was ist übrig geblieben vom »American Dream«, nach dem jede/jeder die Möglichkeit hat, vom Tellerwäscher zum Millionär zu werden?

Winfried Fluck betrachtet den gegenwärtigen Zustand der US-amerikanischen Gesellschaft aus einer anderen Perspektive, indem er fragt, ob es überhaupt noch so etwas wie die amerikanische Mainstream-Kultur gibt, die Gesellschaft und Politik nach innen integriert, dadurch nationale Identität stiftet und nach außen attraktiv ist. Fluck nimmt dabei jene Entwicklungstendenzen in den Fokus, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Pluralisierung amerikanischer Kultur wesentlich beigetragen haben, und legt dar, inwieweit diese in der Mainstream-Kultur ihre Spuren hinterlassen haben.

Christian Lammerts Beitrag beleuchtet das komplexe Feld des US-amerikanischen Gesundheitswesens – ein Politikbereich, in dem vor Obama alle Reformversuche scheiterten, zuletzt der Clinton-Administration. Der Autor zeichnet nach, welche seiner wesentlichen Ziele Obama mit der Verabschiedung des *Patient Protection and Affordable Health Care Act* im März 2010 erreichte und inwiefern sich seine Reformpläne in den Mühlen des

US-Kongresses und in den Verhandlungen mit den mächtigen Interessengruppen verändert haben.

Das »Moraline« und Widersprüchliche in der Politik lässt sich nirgendwo besser nachzeichnen als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Michael Minkenberg's Text beschäftigt sich mit der Frage, ob in dem Verhältnis von Politik und Religion unter der Präsidentschaft Obamas grundsätzliche oder punktuelle Veränderungen gegenüber der Bush-Administration sichtbar werden oder eine Kontinuität vorherrscht. Der Verfasser analysiert dazu unter anderem das Wahlverhalten der US-Bürgerinnen und -Bürger nach ihrer jeweiligen ethnischen bzw. religiösen Zugehörigkeit bei den Präsidentschaftswahlen 2008, beschreibt die Rolle und den Einfluss religiöser Gruppen in der Politik sowie schließlich die Politik der Obama-Administration, soweit sie als »Moralpolitik« für das Religionsfeld relevant ist.

Kerstin Plehwe widmet sich in ihrem Essay der dialogorientierten Kommunikation der derzeitigen US-Regierung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Autorin bezieht dabei den Einsatz und die Wirkung massentauglicher Kommunikationsstrategien und -instrumente der politischen Kampagnen ein, vor allem im ersten Wahlkampf Barack Obamas. Ob der amtierende US-Präsident diese erneut ziel- und zielgruppengerichtet erfolgreich einzusetzen vermag, wird sich bei der Wahl im November zeigen.

Wir möchten unseren Autorinnen und Autoren des Bandes für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie zeitnahe Lieferung der Beiträge danken. Yvonne Paris möchten wir schließlich für ihre hervorragende redaktionelle Arbeit danken. Sie hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass die Beiträge gut verständlich und lesbar für unseren Adressatenkreis sind.

Berlin, im August 2012

Peter Lösche Anja Ostermann

Peter Lösche

## Einleitung

Schon wieder ein Buch über Obama?! Selbst der Amerika-Liebhaber und der USA-Spezialist mögen aufstöhnen: Nein, nicht noch ein Buch über die Präsidentschaft des ersten Afroamerikaners. Es sind schon so viele auf dem Markt, besonders in Deutschland. Denn bei uns wird der Präsident noch immer bewundert. Viele Hoffnungen werden auf ihn projiziert, Hoffnungen, die wahrscheinlich mehr mit uns als mit dem Mann im Weißen Haus zu tun haben. Aber: Die Wahl Barack Obamas ist ja nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten von Amerika (zunächst) zelebriert worden. Da ist nicht nur der erste Afroamerikaner in 1600 Pennsylvania Avenue eingezogen, sondern die in ihn gesetzten Erwartungen sind sogleich mit dem Friedensnobelpreis überhöht worden. Doch in den vier Jahren seiner Amtszeit wurde Barack Obama entzaubert. Warum und wie dies geschehen ist, davon handelt dieser Essayband. Und das allein ist schon ein guter Grund, ihn herauszubringen.

Noch schwerer wiegt ein anderer Grund, diesen Band vorzulegen. Vor gut drei Jahren erschien bei der Bundeszentrale für politische Bildung der »Länderbericht USA«<sup>1</sup>. Ein in jeder Hinsicht voluminöses Buch mit fast 1 000 Seiten Umfang – als Nachschlagewerk hervorragend geeignet, denn aufgrund seines stattlichen Umfangs werden es vermutlich die Wenigsten von der ersten bis zur letzten Seite lesen. Genau dies aber vermag die/der politische Bildner/-in, die/der Journalist/-in, die/der Lehrer/-in, die/der Studierende mit diesem Band, eben einer Essaysammlung. Der Länderbericht und der vorliegende Essayband ergänzen sich also, greifen ineinander wie Kolben und Zylinder.

In dieses Buch sollen zwar aktuelle amerikanische Entwicklungen aufgenommen und in ihrer Widersprüchlichkeit deutschen und europäischen Leserinnen und Lesern verständlich gemacht werden. Doch ganz bewusst und gezielt sind unsere Autorinnen und Autoren gebeten worden, Essays

zu verfassen, Abhandlungen, die willentlich zugespitzt, ja sogar subjektiv abgefasst sind und zur Zustimmung oder zum Widerspruch reizen, auf jeden Fall aber zur Diskussion einladen – und die dennoch einen Gegenstand oder Sachverhalt knapp und durchaus anspruchsvoll behandeln und zu weiterer Lektüre anregen sollen.

An folgendem Punkt setzen wir mit dem Essayband an: Wir Europäer, wir Deutsche zumal, begreifen oft nicht, was sich in den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem grandiosen Wahlsieg von Barack Obama 2008 abgespielt hat: Aus Unverständnis und Unvermögen ist dann bisweilen zu hören: »Die spinnen, die Amis«<sup>2</sup>. Wie kann man als Europäer auch verstehen, dass Barack Obama in seinem Land als Sozialist, Faschist, ja als ein »neuer Hitler« gescholten wird? So jedenfalls schallt es aus einigen Ecken der amerikanischen Erzkonservativen, dem *Tea Party Movement*. Schwer verständlich ist auch, warum es dem Präsidenten mit nur höchst knapper Mehrheit oder überhaupt nicht gelingt, seine Gesetzgebungspakete durch das Parlament, den Kongress, zu bringen, so etwa die Gesundheitsreform. Einige Vorhaben sind schon in den ersten beiden Amtsjahren Obamas, als die Demokraten eine Mehrheit in beiden Kammern besaßen, an der eigenartigen 60:40-Regelung im Senat gescheitert, das heißt an der Taktik der Minderheitsfraktion, durch angebotenen Filibuster – Endlosreden im Senat – ein De-facto-Veto gegen ein bestimmtes Vorhaben mit nur 40 von 100 Senatorenstimmen zu erwirken. Andere Projekte des Präsidenten sind wegen ihrer Aussichtslosigkeit als Gesetzesentwurf überhaupt nicht in den Kongress eingebracht worden. Aber: Der Präsident ist nicht nur von rechts attackiert, kritisiert und ausgebremst worden, sondern auch von »links«, von seinen liberalen Parteifreunden. In deren Augen hat er zu viele Kompromisse geschlossen, war zu inkonsequent – wenigstens gemessen an seinen Wahlkampfversprechen 2007/2008.

Die politischen Konflikte und Kontroversen in den Vereinigten Staaten von Amerika sind Ausdruck wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, politisch-kultureller, kultureller, geistiger und ideologischer, auch demografischer Veränderungen. So zählt zu den aktuellen Umbrüchen, dass die Latinos die Afroamerikaner als zahlenmäßig größte Minorität schon längst abgelöst haben, dass zudem die Asiaten eine zunehmend große Rolle spielen. Ferner: Nur selten waren die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer fast 250-jährigen Geschichte ideologisch so polarisiert wie heute. Auch war die Kluft zwischen Arm und Reich nie so tief wie gegenwärtig. Immer wieder erweisen sich die USA als Land der unbegrenzten Widersprüche.

## Das Holz, aus dem Präsidenten gemacht sind

Doch wie kann man einen Präsidenten, wie eine Präsidentschaft beschreiben und beurteilen? Nach welchen Kriterien? Wie und wo fügen sich die vielen Mosaiksteine zu einem Bild? Da sind viele Indikatoren zu nennen. Sie werden von unseren Autorinnen und Autoren im Folgenden aufgenommen, vertieft und diskutiert.

Da ist natürlich auf die Persönlichkeitsmerkmale eines Präsidenten einzugehen: 1. Wie ehrgeizig ist er? Wie stark (oder auch schwach) ist sein Selbstvertrauen ausgeprägt? Wird ihm das Etikett »Charismatiker« angeheftet? Wie groß sind seine politischen Erfahrungen? Gilt er als »großer Kommunikator« oder ist er eher in sich gekehrt, introvertiert? 2. Wie sieht die institutionelle Konstellation aus, innerhalb deren ein Präsident agiert, Politik macht? 3. Und wie zeigt sich das »Erbe«, das er übernimmt, also der historische und gesellschaftliche Kontext, mit dem er bei Amtsantritt konfrontiert ist? Schließlich wäre zu fragen, ob er als ein erfolgreicher oder wenig erfolgreicher Präsident in die Geschichtsbücher eingeht, je nachdem, was unter diesem schillernden Begriff und der Wertung von »Erfolg« gemeint sein mag.

1. An *Ehrgeiz* mangelt es Barack Obama nicht, das heißt am starken und energischen Willen sich durchzusetzen, Macht zu gewinnen und auszuüben. Wie sonst hätte er sich in den Endlos-Marathon der Vorwahlen und Vor-Vorwahlen begeben können, die sich über zwei Jahre hinzogen? Und wie sonst hätte er die Frustrationen seines Amtes, insbesondere in den Jahren republikanischer Dominanz, 2011 und 2012, hinnehmen und verarbeiten können? Das Fundament, auf dem ein Präsident wie Obama steht, ist *Selbstvertrauen*, sich selbst trauen, sich seiner selbst sicher sein. Im Vergleich zu anderen Präsidenten verfügt Obama über nur wenig *politische Erfahrung*. Er war acht Jahre Mitglied des Senats von Illinois, also so etwas wie ein Landtagsabgeordneter bei uns. Nur zwei Jahre verbrachte er in einem hohen nationalen Amt, war Senator, ehe er als Präsidentschaftskandidat auftrat. Weder hatte Obama gelernt, mit einer (größeren) Exekutive umzugehen, noch kannte er sich wie ein Insider in Washington aus. Dazu bemerkt George McGovern, Gegenkandidat von Richard Nixon und heute der große alte Mann in der Demokratischen Partei: »Ich wünschte, er hätte zehn Jahre Erfahrung mit all den Machtzentren in Washington gesammelt, ehe er Präsident werden wollte. Er hätte all die Ausschuss-Vorsitzenden kennenlernen müssen und ihre Familien, wie John F. Kennedy oder Lyndon B. Johnson. Nixon und Ford – alle hatten sie mehr Erfahrung mit der nationalen Politik als er«<sup>3</sup>. Diesen eklatanten Mangel an politischer Erfahrung hat

Barack Obama im Wahlkampf durch sein *Charisma* verdecken können, durch seine brillante Art, wie er mit Wählerinnen und Wählern zu kommunizieren vermochte. Der Begriff »Charisma« ist schwer zu fassen, meint aber die als außeralltäglich geltende Anziehungskraft einer Persönlichkeit, die dadurch Anhänger gewinnt und diese zu beeinflussen vermag. Im Wahlkampf 2008 verspürten nicht nur Obamas Anhänger, sondern selbst seine Gegner sein Charisma. Im Januar 2009 schien ein genialer *politischer Kommunikator* in das Weiße Haus einzuziehen. Die Slogans »Yes, we can« und »Hope and change« hatten nicht nur die amerikanischen Wählerinnen und Wähler erfasst, sondern waren nach Europa übergeschwappt. Umso überraschender, ja frappierend war es, dass sich zwischen der Kommunikation des Kandidaten Obama im Wahlkampf und der des regierenden Präsidenten Obama eine tiefe Kluft auftat. Barack Obama gelang es nicht, die Öffentlichkeit für seine Programme zu gewinnen. Das zeigte sich schon bei dem ersten Konjunkturprogramm 2009 und der Gesundheitsreform, die der Präsident und die Demokratische Partei im Kongress nur gegen großen öffentlichen Widerstand durchzusetzen vermochten. Ein Grund für den angesprochenen Bruch im Kommunikationsprozess mag darin liegen, dass man im Weißen Haus der Ansicht war, gute Politik würde sich automatisch in öffentliche Zustimmung umsetzen. Schien die Fähigkeit zu glänzender politischer Kommunikation ein Persönlichkeitsmerkmal Obamas während seines Wahlkampfes gewesen zu sein, so war diese ihm nach 2009 abhandengekommen. Der Präsident verlor an öffentlicher Zustimmung. Ein Defizit an politischer Führung wurde immer lauter beklagt.

2. Ob ein Präsident Erfolg hat und ob er seine Gesetzesvorlagen und Programme durchzusetzen vermag oder nicht, hängt nicht zuletzt von dem *verfassungsrechtlichen und konstitutionellen Kontext* ab, in dem er Politik macht. Präsidenten bestimmen nicht die Regeln der Politik, diese ergeben sich vielmehr aus den Verfassungsstrukturen, der Verfassungswirklichkeit, der Zusammensetzung des Kongresses, der amerikanischen Öffentlichkeit, den Medien und den Interessengruppen. In den USA haben wir es mit einem – genau so gewollten – politischen System von Machtdiffusion, Machtaufteilung, Machtfragmentierung, mit *checks and balances*, mit gegenseitigen Kontrollen der Verfassungsorgane und der anderen politischen Akteure zu tun. Zugespißt formuliert: Anders als im parlamentarischen Regierungssystem, in dem die Mehrheit des Parlaments und die Exekutive eine politische Aktionseinheit bilden und in dem die Macht auf die/den Chef/-in der Exekutive, den/die Kanzler/-in, auf die Ministerpräsidentin/den Ministerpräsidenten oder die/den Premierminister/-in fokussiert ist, ist der amerikanische Präsi-

dent zunächst nur ein politischer Akteur unter vielen. Jahrelange Machtkämpfe mit dem Parlament, innerhalb der eigenen Exekutive, mit Interessengruppen und Medien, auch um die öffentliche Meinung, können den Präsidenten zum *Primus inter pares* machen. Um diese hervorgehobene Position ringt Obama auch im vierten Jahr seiner Präsidentschaft. Gerade hier wird sein Defizit an politischer Erfahrung allzu deutlich. Dabei konnte Obama in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft in einem *unified government* politisch handeln, in beiden Kammern des Kongresses verfügten die Demokraten über eine Mehrheit. In diesem 111. Kongress traten die Demokraten bei Abstimmungen erstaunlich kohärent auf, übten eine für ein präsidentielles Regierungssystem außergewöhnliche Parteidisziplin, sodass es Obama gelang, manche seiner Gesetzesvorlagen durchzusetzen. Gegenüber den Demokraten traten die Republikaner ebenfalls geschlossen, ja rigide auf. In beiden Parteien fehlten jedoch Parlamentarier in der politischen Mitte, die Kompromisse zu schließen, parlamentarischen Konsens herzustellen vermochten. Nach den Zwischenwahlen 2010, die eine Mehrheit für die Republikaner im Repräsentantenhaus und eine knappe, aber schwankende Mehrheit der Demokraten im Senat brachten, begann eine unerbittliche Konfrontation in einem *divided government* bzw. einem *split government*. Die Republikaner führten eine zugespitzte, permanente Kampagne gegen Barack Obama mit dem Ziel, ihn vor den Wählerinnen und Wählern bloßzustellen, um mit einem der Ihren 2012 ins Weiße Haus einzuziehen. Die Parteien im Kongress, aber auch die Parteiorganisationen außerhalb des Parlaments waren politisch, programmatisch und ideologisch zu polarisiert und verhärtet, als dass Obama sein Ziel hätte erreichen können, der erste »post-partisan president« zu werden, der erste Präsident, der gleichsam über dem Parteienstreit Politik macht.

Als ein weiterer Indikator, die Stärke oder Schwäche eines Präsidenten zu bedenken und zu beurteilen, erweist sich, wie ein Präsident mit seiner *Exekutive*, seiner Regierung, umzugehen vermag. Denn in der politischen Realität der USA erstreckt sich das Prinzip der Gewaltenteilung, der *checks and balances* auch auf die Exekutive. Diese besteht aus Hunderten von Behörden, die aus konkreten politischen Anlässen gegründet worden sind und die häufig – zum Beispiel einzelne Ministerien – partikulare Interessen vertreten und entsprechend ein Eigenleben führen, weitgehend unabhängig davon, welcher Partei ein Präsident angehört und wie die parteiliche Zusammensetzung des Kongresses aussieht. Diese auf Dauer eingerichteten Ämter verkörpern das sogenannte *permanent government*. Ihnen stehen jene Behörden gegenüber, die direkt mit dem Weißen Haus verbunden oder Teile von ihm sind,

das sogenannte *presidential government*. Dessen Personal wird mit jedem neuen Präsidenten ausgetauscht. Zugespitzt formuliert: Es tut sich ein tiefer Graben zwischen *presidential government* und *permanent government* auf, zwischen zentralisierter Politikformulierung und -kontrolle auf der einen und der Delegation von Kompetenzen in die relativ autonomen *Departments* und *Agencies* auf der anderen Seite. Jeder Präsident ist herausgefordert, diesen Graben zu überwinden und seine Politik gegebenenfalls auch in seinen eigenen Behörden durchzusetzen. Dazu bedarf es exekutiver Erfahrung, die eher bei einem Politiker zu finden ist, der acht Jahre Gouverneur eines großen Einzelstaates war, wie beispielsweise Ronald Reagan, als bei einem, der nur zwei Jahre Erfahrung im Senat in Washington gesammelt hat.

3. Entscheidend für Erfolg oder Misserfolg eines Präsidenten ist die historische und gesellschaftliche Situation, die er bei seinem Amtsantritt vorfindet. Die Frage stellt sich, welche *sozialen, ökonomischen, kulturellen, auch politischen Voraussetzungen und Bedingungen* es einem Präsidenten überhaupt erst ermöglichen, sein Land zu führen. Dazu der Economist: »Als Obama gewählt worden war, fand er Post aus der Hölle vor: einen Finanzkolaps, eine ausgelaugte Wirtschaft und zwei Kriege. Jetzt ist er mit einer Opposition aus der Hölle konfrontiert: eine rücksichtslose, populistische Republikanische Partei, deren moderate Stimmen von Ideologen zum Schweigen gebracht worden sind.«<sup>4</sup> In der Tat hat Barack Obama bei seinem Amtsantritt ein Land übernommen, das innerlich so zerrissen war wie wohl seit dem Bürgerkrieg nicht mehr. Die rechtspopulistische *Tea Party* und die linkspopulistische *Occupy-Wall-Street*-Bewegung stehen sich unversöhnlich, ideologisch verhärtet gegenüber. So wird selbst der Wohnort, in den man zieht und in dem man lebt, zunehmend danach ausgewählt, ob er gesinnungsmäßig zu einem passt, sodass sich »rote« von »blauen«, republikanisch von demokratisch gesinnten, konservative von liberal eingestellten Nachbarn abgrenzen. Insgesamt polarisiert sich die Gesellschaft zunehmend, immer tiefer wird die Kluft zwischen Arm und Reich, die Mittelschicht schrumpft, auch wenn in Umfragen noch fast jede/-r antwortet, sie/er fühle sich zur *middle class* gehörig. Plötzlich schleicht sich der Klassenbegriff nicht nur bei einigen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern in ihren Analysen zur US-amerikanischen Gesellschaft ein, sondern auch im Journalismus<sup>5</sup>. Der amerikanische Traum von einer Gesellschaft der Gleichen scheint für viele an sein Ende gekommen zu sein.<sup>6</sup> Gleichzeitig wächst aber die Furcht vor einer »Europäisierung«, dass nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika sich zu einem europäischen Sozialstaat entwickeln könnten und der amerikanische Individualismus einem europäischen Kollektivismus

zum Opfer fällt. Hierin gründet nicht nur die Diskreditierung Obamas als Sozialist, Kommunist und Faschist, sondern auch die Polarisierung der Amerikaner in der Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform.

Wir sehen, viele Kriterien sind zu nennen, um einen Präsidenten bzw. eine Präsidentschaft systematisch zu beschreiben. Viele Faktoren müssen sich positiv fügen, um ein erfolgreicher Chef der US-amerikanischen Exekutive zu werden. In der politikwissenschaftlichen Literatur ist in diesem Zusammenhang von Gelegenheitsstrukturen die Rede, von einem *window of opportunity*: Passt eine bestimmte Persönlichkeit, ein Präsident zu einer konkreten historischen Situation? Sind überhaupt Entscheidungsspielräume vorhanden, bieten sich Alternativen, können Prioritäten gesetzt werden? Erst in einer relativ offenen historischen und gesellschaftlichen Situation vermag ein Präsident entlang eines bestimmten konkreten Weges zu führen und bewusst anderen, alternativen Pfaden *nicht* zu folgen. In den ersten zwei Jahren seiner Präsidentschaft hat Barack Obama auf der Grundlage einer demokratischen Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses und trotz heftigen Widerstandes Vieles durchzusetzen vermocht: Die Gesundheitsreform und das Konjunkturprogramm sind an erster Stelle zu nennen. Allerdings: Schon bald und bereits vor den Zwischenwahlen 2010 wurde offenkundig, dass der Präsident – ähnlich seinem Vorgänger Jimmy Carter – sich zu viel vorgenommen, nicht klare Prioritäten gesetzt hatte. Unerledigt blieben unter anderem die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo, die Reform der Einwanderungspolitik, die Ausarbeitung einer neuen Umwelt- und Klimapolitik. Hinzu kam, dass Obama seine Gesundheitsreform mit aller Macht durchsetzen wollte, dabei aber das Problem vernachlässigte, das den amerikanischen Wählerinnen und Wählern am meisten auf den Nägeln brannte: Die hohe Arbeitslosigkeit von über 9 Prozent. So entstand der Eindruck, der Präsident regiere ohne Konzept, es fehle ihm an strategischem Denken und Handeln, es mangle ihm an politischer Führung.

## Demografische Veränderungen und Wahlverhalten

Ein fundamentaler Wandel der Bedingungen, vor deren Hintergrund in den Vereinigten Staaten von Amerika Wahlen stattfinden und die Präsidenten Politik betreiben, zeichnet sich seit längerer Zeit ab und wird auch in Zukunft erheblich an Relevanz gewinnen. Es sind dies demografische Umschichtungen, der demografische Faktor, der – anders als bei uns – in den USA nicht (nur) die Überalterung der Gesellschaft meint. Vielmehr

geht es um vier Strukturveränderungen, die grundlegend sind, um die US-amerikanische Politik künftig zu begreifen. Da diese Veränderungen aus deutscher und europäischer Perspektive kaum beachtet werden, gehe ich an dieser Stelle darauf ein.

1. *Bevölkerungswachstum*: Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika wächst kontinuierlich, nicht nur durch Zuwanderung, sondern auch durch Geburtenüberschuss, besonders bei den Hispanics<sup>7</sup>, den Einwanderern aus lateinamerikanischen Ländern. Der Volkszählung von 2010 zufolge gab es 308,7 Millionen US-Amerikaner, fast 30 Millionen mehr als im Jahr 2000.
2. *Ethnische Gruppen*: Bisherige ethnische Minoritäten – Hispanics, Afroamerikaner und Asiaten – werden künftig zur Majorität, die bisherige Majorität der Weißen wird zur Minorität. Bereits heute gehört die Hälfte aller Neugeborenen zu den sogenannten ethnischen Minoritäten. Und in einigen Einzelstaaten sind die Weißen schon gegenwärtig in der Minderheit, so in Kalifornien, Texas, New Mexico, Hawaii und in Washington D.C. Wenn die aktuelle Entwicklung sich fortsetzt, werden 2050 die bisherigen Minoritäten mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung stellen, darunter mit 29 Prozent die Latinos. Die Weißen werden mit 47 Prozent die neue Minorität bilden.
3. *Wanderung in den Sonnengürtel*: Während die Einzelstaaten des Südens und Westens einen kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs verzeichnen, ist die Einwohnerzahl in den Staaten im Nordosten und Mittleren Westen der USA (relativ) zurückgegangen. Seit der Volkszählung 1980 lebt eine Mehrheit der US-Amerikaner im sogenannten Sonnengürtel, dem *sun belt* – gegenwärtig 60 Prozent. Dabei resultieren die regionalen Zuwächse nicht allein aus der Einwanderung, sondern auch aus der hohen Geburtenrate, vor allem bei den Hispanics, sowie aus der Rückwanderung der Afroamerikaner aus dem Norden in die Südstaaten. Die Rezession von 2007/2008 hat diese Entwicklung nur vorübergehend verlangsamt.
4. *Kongresssitze wandern mit*: Das amerikanische Bundeswahlgesetz schreibt vor, dass die Wahlkreise für einen Sitz im Repräsentantenhaus jeweils eine bestimmte Einwohnerzahl haben müssen und dass entsprechende Anpassungen nach jeder Volkszählung im Jahr zu erfolgen haben. Mit hin wandern die Kongresssitze gleichsam mit den Menschen in den Süden und Westen – und damit auch die Stimmen im *Electoral College*, das den Präsidenten wählt. Nach der Volkszählung im Jahr 2010 waren dies zwölf Sitze bzw. Stimmen. Insgesamt verfügt der *sun belt* heute über 263 Sitze im Repräsentantenhaus, der *frost belt* – der Frostgürtel – hingegen nur über 172.<sup>8</sup>

Was bedeuten die dargelegten demografischen Veränderungen für die künftigen Kongress- und Präsidentschaftswahlen in parteipolitischer Hinsicht? Um diese Frage kreist ein wilder und intensiver Streit in Publizistik und Politikwissenschaft. Da wird von republikanischer Seite argumentiert, die Wählerinnen und Wähler wanderten nach rechts. So wachse kontinuierlich die Zahl der konservativen Wählerinnen und Wähler im Süden und Westen, während im Nordosten und Mittleren Westen die Bastionen der Demokraten geschliffen würden. Nach der Volkszählung 2010 habe das konservative Texas vier Kongresssitze hinzugewonnen, das liberale New York hingegen zwei Sitze verloren. Die Demokraten halten dagegen, die bisherige republikanische Mehrheit im Süden und Westen werde von Wählergruppen gleichsam unterwandert, die eher zur liberaler eingestellten Wählerschicht gehörten – Hispanics, Afroamerikaner und Asiaten. Nicht zufällig habe Obama 2008 Einzelstaaten gewonnen, die bis dahin den Republikanern ihren Zuspruch gaben, so Colorado, Nevada, North Carolina und Virginia.<sup>9</sup> Hinzu kommt die Tatsache, dass jene Wählergruppen schrumpfen, die seit je republikanisch gewählt haben: die weißen Arbeiter und die konservativen weißen Christen. Hingegen wachsen relativ und absolut die zu den Demokraten tendierenden Anteile in der Wählerschaft; dazu gehören nicht nur die bisherigen ethnischen Minoritäten, sondern auch die jüngeren, so genannten Millennium-Wähler, das heißt die zwischen 1978 und 2000 Geborenen, sowie die weißen, gut ausgebildeten Frauen mit College-Abschluss.

Die These, dass die heute (noch) konservativ wählenden Einzelstaaten des *sun belt* allmählich durch eher liberale Wählergruppen »unterwandert« werden, wird durch weitere Sachverhalte gestützt. So kann die Wahl Obamas – trotz der besonderen Bedingungen, unter denen sie stattfand – als Wetterleuchten des neuen Wahlverhaltens gewertet werden: 97 Prozent der Afroamerikaner stimmten für ihn, 64 Prozent der Hispanics und 54 Prozent der Asiaten, aber nur 43 Prozent der Weißen. Wie übrigens seit Lyndon B. Johnsons Erdrutsch-Wahlsieg 1964 kein Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei mehr eine Mehrheit bei der weißen Wählerschaft gewonnen hat.<sup>10</sup> Die »Unterwanderungsthese« wird auch dadurch gestützt, dass die Wahlbeteiligung der ethnischen Minoritäten generell, besonders aber in den Südstaaten gestiegen ist. Allerdings liegt sie immer noch etwa 15 Prozentpunkte unter der der Weißen. Dennoch: In der Altersgruppe der Wahlberechtigten zwischen 18 und 44 Jahren ist, national gesehen, die Wahlbeteiligung der Afroamerikaner höher gewesen als die der Weißen. Die Wahlbereitschaft der schwarzen Südstaatler ist dramatisch gestiegen. So waren 1965 in Mississippi nur 6,7 Prozent der Afroamerikaner als Wähler registriert, seit 1988 gleichbleibend jedoch um die

75 Prozent.<sup>11</sup> Versuche von weißer konservativer Seite, die Erfolge ethnischer Minoritäten und der Demokraten in den Südstaaten durch *Gerrymandering* – das willkürliche »Zurechtschneiden« der Wahlkreise – zugunsten der Republikaner zu stoppen, scheitern immer häufiger. Texas ist hierfür ein gutes Beispiel. Hier sind nach der Volkszählung 2010 und nach einem Zugewinn von vier Sitzen im Repräsentantenhaus die Grenzen der Wahlkreise, eben durch besagtes *Gerrymandering*, so »zugeschnitten« worden, dass kein Demokrat und kein Latino gewählt werden konnte. Die Bundesgerichte wurden gegen diese Methode angerufen – und die Kläger obsiegten. Jetzt sind durch Gerichtsbeschluss die Wahlkreisgrenzen so festgelegt worden, dass in vier Wahlkreisen Demokraten und in zwei Hispanics eine Chance haben, gewählt zu werden.<sup>12</sup>

Die demografischen Veränderungen, die sich gegenwärtig und künftig in den USA vollziehen, müssen aber nicht zwangsläufig in die angesprochenen politischen Veränderungen münden – ironisch formuliert –, in die »Unterwanderung« republikanischer Mehrheiten im Süden und Westen durch Demokraten und bisherige ethnische Minoritäten. Vielmehr kommt es für die Demokraten darauf an, die erwähnten ethnischen und sozialen Gruppierungen in der Wählerschaft gezielt anzusprechen und zu mobilisieren, nicht zuletzt durch erfolgreiches Regieren und attraktive Politikangebote. Geschieht dies nicht, dürften viele Wählerinnen und Wähler entweder zu den *Independents*, den parteipolitisch nicht Festgelegten, oder zu den Nichtwählern abwandern. Hinzu kommt, dass insbesondere die Hispanics, die in der Regel katholisch sind, gleichsam zwischen Baum und Borke stehen, was die Programmatik der Demokraten angeht. Zeigen sie im Bereich der Bildungs-, Gesundheits- und generell der Sozialpolitik eine liberale Haltung und treten für einen starken Sozialstaat ein, so sind sie in moralischen Fragen, wie Abtreibung und gleichgeschlechtliche Partnerschaften, konservativ. Diese Zwiespältigkeit dürfte in eine gewisse politische Offenheit resultieren und auch darin, dass sowohl Demokraten wie Republikaner die Chance haben, zur Mehrheitspartei zu werden.

## Das Deutschlandbild der Amerikaner, das Amerikabild der Deutschen

In einem in Deutschland erscheinenden Essayband über die aktuelle US-amerikanische Politik sollte auch kurz darauf eingegangen werden, welche Vorstellungen die Amerikaner von den Deutschen und die Deutschen von Amerika haben. Wie also sieht das *image*, das Bild aus, das man sich vom jeweils anderen Land macht? Geht man dieser Frage heute nach, so ist die

Antwort überraschend undramatisch, keineswegs spektakulär oder aufgeregt. Es hat so etwas wie die »Normalisierung« des Deutschlandbildes der Amerikaner wie des Amerikabildes der Deutschen stattgefunden. Weder findet sich in Deutschland ein Antiamerikanismus wie in den Zeiten des Vietnamkrieges noch in den Vereinigten Staaten von Amerika ein »Antigermanismus« wie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg.

In den USA spielen die Deutschen als ethnische Minorität kulturell und politisch – und anders als zum Beispiel die Hispanics – so gut wie keine Rolle. Für die deutsch-amerikanische Bevölkerung ist keine besondere politische Aufmerksamkeit vorhanden, obwohl 53 Millionen Amerikaner sich auf deutsche Vorfahren berufen. In nur 1,5 Millionen Haushalten wird Deutsch gesprochen, hauptsächlich in solchen religiöser Minderheiten wie den Amish und den Hutterern. Es gibt keine deutsche *community*, kein Vereinswesen, das regional flächendeckend präsent wäre. Geblieben sind einige wenige Vereine, die zum Beispiel in Philadelphia das Cannstatter Volksfest oder in New York die Steuben-Parade veranstalten. Verankert sind im amerikanischen Gedächtnis harmlose Klischees – Lederhosen, Bierkrug und Oktoberfest.

Während die Blockkonfrontation des Kalten Krieges, dessen Auswirkungen in Deutschland ganz manifest waren, in den USA noch ein gewisses politisches Interesse an der Bundesrepublik hervorrief, ist dies heute weitgehend erloschen. Auch auf der Ebene »großer Politik« sind die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland wieder normalisiert, nachdem es 2003 zu erheblichen Spannungen aufgrund der Absage der deutschen Regierung gekommen war, am Irak-Krieg teilzunehmen. Heute bestehen zwischen beiden Staaten professionelle Arbeitsbeziehungen, Deutschland ist aus US-amerikanischer Sicht im Prinzip ein Verbündeter wie viele andere auch. Allerdings: Größten Respekt genießt angesichts der Probleme, die die Finanz- und Wirtschaftskrise gerade in Europa, aber eben auch weltweit hervorgerufen hat, die deutsche Kanzlerin, die als politische Führerin in der EU wahrgenommen wird. So raunt man in Washington D. C., dass die ironische Frage Henry Kissingers, wen er denn auf der anderen Seite des Atlantiks anrufen könne, wenn es um europäische Fragen gehe und wer auf dem alten Kontinent die politische Verantwortung trage, heute leicht beantwortet werden könne: Angela Merkel.

Allein im Vorwahlkampf der Republikanischen Partei im Frühjahr 2012 fand sich die Bundesrepublik Deutschland in einem negativen Kontext erwähnt. Bekanntlich konkurrierten die Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat nicht zuletzt darum, mit möglichst konservativen Argumenten und Positionen Unterstützung bei den Wählerinnen

und Wählern zu finden. Da ging es insbesondere darum, den Marktkapitalismus zu zelebrieren und als Methode zu beschwören, aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Jeder Staatseingriff in Wirtschaft und Gesellschaft galt als Verrat an den hehren amerikanischen Werten und Prinzipien. In diesem Zusammenhang grenzten sich republikanische Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur wie Ron Paul, Rick Perry, Rick Santorum, Newt Gingrich und auch Mitt Romney negativ vom europäischen Sozialstaat ab, wie er sich in den skandinavischen Ländern und in Deutschland entwickelt hat. Nebenbei: Ein weiterer Schritt in dieser Argumentationskette führte an den Punkt, Obama eben wegen seiner in der Krise praktizierten Staatsintervention zum Sozialisten oder Faschisten, zum Stalin oder Hitler zu deklarieren. Eine Blüte amerikanischer Rabulistik und politischer Rhetorik.

Im Übrigen zeigen aber alle demoskopischen Untersuchungen, dass man die Deutschen in den Vereinigten Staaten eigentlich »ganz nett« findet, sie nicht über-, aber auch nicht unterbewertet. Etwa die Hälfte der Befragten gibt immer wieder an, eine »gute« oder »exzellente« Meinung von den Deutschen zu haben. Man ist interessiert am »modernen Deutschland«. Besonders der deutsche Umweltschutz wird positiv bewertet.

Wie sieht nun umgekehrt das Amerikabild der Deutschen aus? Was bei genauerem Hinsehen überrascht, ist die Tatsache, dass Antiamerikanismus – wie immer man diesen definieren mag – heute von der Bildfläche verschwunden ist; er findet sich nicht einmal mehr an den rechten Rändern unserer Gesellschaft. Warum spielt Antiamerikanismus heute so gut wie keine Rolle mehr in Deutschland, anders als in Zeiten des Kalten Krieges, der Blockkonfrontation zwischen Ost und West und in den Jahren unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs? Die Antwort scheint einfach: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht mehr die dominierende, imperiale Supermacht in einem unipolaren internationalen System. Sie eignen sich daher nicht mehr als Projektionsfläche für Klischees, Stereotype und Vorurteile, die aus den sozialökonomischen Bedingungen und Problemlagen der Projizierenden hervorgehen. Damit soll nicht in das Niedergangsgejammer eingestimmt werden, das auf beiden Seiten des Atlantiks zu hören ist nach dem Motto »Amerika, ein Schwächling« (Der Spiegel 42/2010). Militärisch und ökonomisch sind die USA im globalen Vergleich und trotz des Aufstiegs von China, Indien, Brasilien und der EU stärkste und erste Macht geblieben. Dennoch hat das Land sein militärisches und ökonomisches, aber auch sein soziales und kulturelles Potenzial überdehnt. Nicht zufällig ziehen die USA sich aus dem Irak und Afghanistan zurück, wächst das Haushaltsdefizit, droht die Rezession, sind die Arbeitslosenzahlen hoch. Die patriotisch-nationalistische Rhetorik eines

George W. Bush nach 9/11 hat nicht einmal einen Nachklang. Kurz: Die Ressourcen für eine US-amerikanische aggressive und imperiale Außen- und Weltpolitik fehlen. Damit ist die Projektionsfläche für den Antiamerikanismus verschwunden.

Natürlich: Auf Amerika-Kritik und Amerika-Begeisterung, auf Obama-Skepsis und Obama-Jubel trifft man allerorten in den deutschen Medien und in der öffentlichen Debatte. Diese sind aber nicht mehr – wie noch vor einigen Jahren – von Vorurteilen getragen und befeuert. So drehte die Bewertung der amerikanischen Regierung während der Regierungszeit von George W. Bush ins Negative: Hatten im Jahr 2000 noch 78 Prozent der Deutschen ein positives Bild von den USA, so sank dieser Prozentsatz 2003 auf 25 Prozent. Dies änderte sich schlagartig mit dem Amtsantritt von Barack Obama wieder: Acht von zehn befragten Deutschen meinten, dass der neue Präsident das Ansehen seines Landes deutlich hebe. Und mehr als 80 Prozent der befragten Bundesbürgerinnen und Bundesbürger stimmen kontinuierlich der Außenpolitik Obamas zu. Erinnert sei auch an den triumphalen Auftritt des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Obama während seines Wahlkampfes 2008 in Berlin, als sich mehr als 200 000 Begeisterte zwischen Siegestsäule und Brandenburger Tor drängten. Obama wurde, so die Berichterstattung am nächsten Tag, wie ein Messias empfangen. Hier schlug offenkundig die deutsche Sehnsucht nach politischer Führung, nach einem charismatischen Führer durch. Die Erwartungen in den neuen Präsidenten wurden unermesslich in die Höhe getrieben – und konnten nicht erfüllt werden. So stellte sich bei vielen Enttäuschung darüber ein, dass Obama von seiner ursprünglichen Agenda nicht mehr Punkte »abgearbeitet« habe. Dazu gehörte, dass, entgegen Obamas Versprechen, das Lager in Guantanamo, Symbol der Menschenrechtsverletzungen durch die US-amerikanische Regierung, nicht geschlossen wurde. Die Kritik übersah dabei häufig, dass Obama in der ersten Hälfte seiner bisherigen Amtszeit durchaus, insbesondere innenpolitisch, erfolgreich war, indes in den letzten beiden Jahren von der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus eine rigide Politikblockade betrieben wurde, die den Präsidenten nachgerade ohnmächtig machte. Hier offenbarte sich ein Mangel an Detailkenntnissen über das US-amerikanische Regierungssystem.

Gleichwohl: Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika die Vorstellungen vom jeweils anderen Staat im letzten Jahrzehnt nüchterner, rationaler, weniger emotional ausfallen. Woran es allerdings nach wie vor mangelt, sind Kenntnisse über die Besonderheiten des jeweils anderen Landes, so über die Funktionsweise des parlamentarischen oder des präsidentiellen Regierungssystems.

## Wer wird Präsident?

Wer wird am 6. November 2012 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt? Seit Monaten blicken wir fasziniert auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen, einmal liegt Obama klar vorn, dann wieder steigen in den Umfragen die Chancen seines republikanischen Kontrahenten Mitt Romney. Wenn sich – wie jetzt Barack Obama – ein amtierender Präsident nach Ablauf der ersten Amtszeit um seine Wiederwahl bemüht, dann steht seine Politik, sein *record*, im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Dies ist eine völlig andere Situation, als wenn ein Politiker sich neu um den Einzug in das Weiße Haus bewirbt, dabei seine eigenen Vorstellungen, Ideen und Konzepte entwickelt und damit auf »Wählerfang« geht. Als Präsidentschaftskandidat 2008 konnte Obama nicht nach einer konkreten, von ihm durchgesetzten Politik beurteilt oder daran gemessen werden. Anders in diesem Jahr: Im Spätsommer und Herbst 2012 geht es vor allem darum, wie der Präsident Barack Obama mit der Politik, die er in den zurückliegenden vier Jahren betrieben hat, von den Wählerinnen und Wählern eingeschätzt und bewertet wird. Dabei werden nicht so sehr die einzelnen Politikfelder, Programme und verabschiedeten oder gescheiterten Gesetze in den Blick genommen, als dass vielmehr recht allgemein gefragt wird, ob sich das Land auf dem richtigen Pfad befindet, sich in die richtige Richtung bewegt – oder eben auch nicht. Die Antworten auf diese Frage fallen für Obama nicht gerade günstig aus: Während im ersten Jahr seiner Amtszeit noch 39 Prozent der Befragten positiv antworteten, sank diese Zustimmung 2010 und 2011 hingegen auf 33 bzw. 22 Prozent. Erst mit dem Frühjahr 2012 stiegen das Vertrauen in die Richtigkeit der Politik des Präsidenten und der Zuspruch allmählich wieder an.

Im Wahlkampf stehen erfahrungsgemäß ein oder zwei konkrete und heiß umstrittene Fragen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Im Herbst 2012 ist das Konflikt-Thema der Zustand der Wirtschaft, wieder einmal heißt es: »It's the economy, stupid.« Das alles dominierende Thema dürfte aber die Arbeitslosigkeit sein.

Dabei sieht die Bilanz der ersten vier Jahre der Präsidentschaft Obamas gar nicht schlecht aus, im Gegenteil. Dies belegen auch mehrere der Beiträge in diesem Band. Barack Obama führte das von George W. Bush aufgelegte Stabilisierungsprogramm, das *Troubled Asset Relief Program (TARP)*, aus und ließ im Februar 2009 sogleich den *American Recovery and Reinvestment Act (ARRA)* folgen, zwei Konjunkturprogramme, die angesichts ihres Volumens das Haushaltsdefizit merklich ansteigen ließen. Es folgten ein Gesetz zur Regulierung der Finanzmärkte und schließlich die Gesetze zur Gesundheitsreform. Ein zentrales Wahlkampfversprechen Obamas wurde damit

erfüllt, ein Projekt, das seit Jahrzehnten von mehreren Präsidenten und auch Senatoren immer wieder eingebracht und immer wieder im Kongress gescheitert war. Indes: Eine Mehrheit der US-Bürgerinnen und -Bürger lehnte zentrale Elemente der Gesundheitsreform ab. Zu den innenpolitischen Erfolgen des Präsidenten gehörte auch, dass er zwei Frauen für den *Supreme Court*, den Obersten Gerichtshof, ernannte und die notwendige Zustimmung des Senats erhielt. Außenpolitisch sieht Obamas Bilanz nicht ganz so erfreulich aus. Aber immerhin hat er amerikanische Truppen aus dem Irak zurückgezogen, Afghanistan wird folgen – zwei teure Kriege, die den amerikanischen Bundeshaushalt extrem belastet haben bzw. noch belasten. Mit Geschäftsordnungs-Tricks ist es Obama zudem gelungen, zwischen den Tagungsperioden des 111. und des 112. Kongresses das START II-Abrüstungsabkommen durch das Parlament zu drücken.

Fast übereinstimmend bewerten amerikanische Politikwissenschaftler die Obama-Präsidentschaft – und insbesondere die ersten beiden Jahre – als monumental erfolgreich. Unter Führung des Präsidenten sei der 111. Kongress einer der produktivsten in den letzten Jahrzehnten gewesen, wahrscheinlich der produktivste seit den innenpolitischen Reformen (*Great Society*) unter Lyndon B. Johnson.<sup>13</sup> Aber: Präsident Obama vermochte es nicht, die Öffentlichkeit und insbesondere die bei Wahlen wichtigen, nicht auf eine Partei Festgelegten, die *Independents*, auf seine Seite zu ziehen und damit Druck auf den 112. Kongress auszuüben, in dem die Republikaner im Repräsentantenhaus nach den Zwischenwahlen 2010 eine Mehrheit hatten (*divided government*). In einer derartigen, für das präsidentielle Regierungssystem in den USA durchaus normalen Situation, ist es US-Präsidenten in der Vergangenheit immer wieder gelungen, durch den Appell an die Öffentlichkeit Bewegung in die zwischen den beiden Parteien erstarrten Fronten zu bringen. Obama jedoch schaffte dies nach 2010 nicht: Wo es um die öffentliche Zustimmung zum Regierungshandeln ging, hat der einstige geniale Wahlkampf-Kommunikator Obama kommunikativ versagt oder ist zumindest gescheitert. Hinzu kam: Der Widerstand in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt die Formierung einer rechtspopulistischen Oppositionsbewegung, der *Tea Party*, hat wesentlich zu einer Verhärtung der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Fronten beigetragen, sodass politische Kompromisse nicht mehr möglich waren. *Gridlock*, Politikstillstand, war das Ergebnis. Erst nie gekannter Druck von außen, nämlich der der Ratingagenturen mit der Drohung, die USA herabzustufen, brachte in letzter Minute etwas Bewegung, und die Republikaner stimmten im Herbst 2011 einer Erhöhung der Schuldenobergrenze im Bundeshaushalt zu. Da, wo Ideologie dominierte und moderate, kompromissfähige Politiker in beiden Parteien fehlten, fraß sich das

System von *checks and balances* fest, erstarrte, sodass von »Dysfunktionalität« des US-amerikanischen Regierungssystems gesprochen wurde, so auch in einigen der hier versammelten Beiträge.

Bilanziert man die Obama-Administration, so ist wohl auch anzurechnen, dass der Präsident politische Prioritäten falsch gesetzt hat. Er selbst hat die Gesundheitsreform auf Platz 1 seiner Agenda platziert, während für die Mehrheit der Bevölkerung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das Hauptthema war bzw. ist. Weitaus größer ist den USA die Zahl der von Arbeitslosigkeit oder drohender Arbeitslosigkeit Betroffenen als die derjenigen, die von der Gesundheitsreform profitiert haben. Die offizielle Arbeitslosenquote lag in den letzten Jahren bei knapp 10 Prozent. Da diejenigen, die nicht mehr aktiv nach einer Beschäftigung suchen, also die Langzeitarbeitslosen, nicht mitgezählt werden, liegt die reale Arbeitslosigkeit tatsächlich deutlich höher. Bekanntlich gebiert Arbeitslosigkeit Frustration, aber auch Wut und Zorn, die sich im amerikanischen Fall gegen die herausgehobenste Person im politischen System richten, eben gegen den Präsidenten. Sinkt die Arbeitslosigkeit nicht noch fühlbar, so dürften Obamas Chancen auf eine Wiederwahl gering sein.

Dies wird durch einen Blick in die Geschichte der Vereinigten Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg bestätigt. Insgesamt zehn Mal haben sich Präsidenten zur Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode gestellt. In sieben Fällen sind sie im Amt bestätigt worden – alle in Zeiten der Vollbeschäftigung und niedriger Inflation, darunter Lyndon B. Johnson 1964, Bill Clinton 1996 und George W. Bush 2004. Drei Präsidenten zogen nicht wieder in das Weiße Haus ein: Gerald Ford 1976, Jimmy Carter 1980, während ihrer Amtszeiten herrschte eine hohe Inflation, und George Bush senior 1992, dessen Regierungszeit von einer Rezession und hoher Arbeitslosigkeit geprägt war. Die Wirtschaftssituation unter der Präsidentschaft von Barack Obama im Wahljahr 2012 ist am ehesten mit der von Bush senior 1992 vergleichbar. Der Ausgang der Wahl ist danach zumindest offen. Allerdings: Die Wirtschaftsdaten sehen in Zeiten des Vorwahlkampfes für Obama nicht mehr ganz so negativ aus wie noch vor einigen Monaten. Die Arbeitslosigkeit beginnt zu sinken, bewegt sich auf 8 Prozent zu. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 3 Prozent. Mit jedem Prozentpunkt Veränderung steigen die Chancen Obamas – wenn denn die Aufschwung-Tendenz auch bei den Wählerinnen und Wählern erfahrbar, fühlbar wird. Tritt dies ein, dann dürfte die Analogie zu Bush senior nicht mehr stimmen.

Die jetzige Wahlkampfstrategie Obamas liegt auf der Hand und dürfte auf zwei Säulen beruhen: 1. Da die Wirtschaft, das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosigkeit die dominierenden Themen darstellen und Obama

in diesem Bereich bei Umfragen eher negative Noten erhält, muss er hier aggressiver auftreten, seine Politik und seine Konjunkturprogramme offensiver begründen und den Schwarzen Peter den Republikanern zuspiesen, die die Auflage weiterer Programme aus ideologischen Gründen verhindert haben. 2. Obama wird den Fokus seines Wahlkampfes auf den Mittleren Westen richten, hier nämlich fällt die Entscheidung in Staaten wie Michigan, vor allem aber in Ohio, dem demografischen und politischen Mikrokosmos der Vereinigten Staaten von Amerika. Eines der Ziele Obamas wird dabei sein, die Hispanics, die 2008 überproportional für ihn gestimmt hatten, inzwischen aber wegen der Wirtschaftsmisere und des Fehlens einer reformierten Einwanderungspolitik zum Teil abtrünnig geworden sind, für die demokratische Wählerkoalition zurückzugewinnen.<sup>14</sup>

Die Vorwahlen haben im April 2012 einen für Obama sehr ernst zu nehmenden Gegenkandidaten hervorgebracht, einen Mann, der auch für Wählerinnen und Wähler in der Mitte attraktiv sein kann: Mitt Romney. Dieser hat sich mit Glück, negativem Wahlkampf gegen seine Konkurrenten und viel Geld – er gilt als 200-facher Millionär – seiner Widersacher auf der äußersten Rechten entledigt: Donald Trump, der New Yorker Immobilienmilliardär; Michele Bachmann, Mitglied des Repräsentantenhauses, die sich im Gestrüpp des *Tea Party Movement* verhedderte; Herman Cain, Pizza-Milliardär; Rick Perry, Gouverneur von Texas, der sich in öffentlicher TV-Debatte nicht erinnern konnte, welche Ministerien er im Fall seiner Präsidentschaft aufzulösen gedachte; Rick Santorum, der fundamentalistisch anmutende Katholik, der im April 2012 von seiner Kandidatur zurücktrat, als er die Vorwahlen in seinem Heimatstaat Pennsylvania zu verlieren drohte; und schließlich Newt Gingrich, dem seine zwielfichtige politische und finanzielle Vergangenheit in die Quere kam. Damit war de facto der Weg frei für die Nominierung von Mitt Romney als Präsidentschaftskandidat der Republikaner.

Die größte Stärke Romneys besteht darin, dass er Wählerinnen und Wähler in der politischen Mitte anzuziehen vermag. Er ist ein ideologisch nicht festgelegter Mann. Als Gouverneur von Massachusetts galt er als recht pragmatisch. Positiv werten viele US-Amerikaner die Tatsache, dass Romney es als Unternehmer und Manager zum Millionär gebracht hat. Auch war er als Geschäftsführer der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City finanziell ebenso erfolgreich wie als Gouverneur von Massachusetts, wo er den dortigen Landeshaushalt aus den roten Zahlen holte. Schließlich hat Romney einen Vorwahlkampf ohne Fehler geführt. Vor allem aber gelang es ihm, moderate, hochkompetente Berater für seine verschiedenen Politik-Teams zu gewinnen.

Diesen Stärken stehen einige Schwächen gegenüber: Mitt Romney verfügt über wenig persönliche Anziehung, kein Charisma, er wirkt bei öffentlichen Auftritten hölzern. In vielen Politik-Bereichen hat er sich nicht festgelegt, kommt so immer wieder in den Verdacht, sich leichtfertig anzupassen, seine Meinung immer wieder zu ändern. Schließlich ist er überzeugter und aktiver Mormone, Angehöriger einer Religion, die von einem Drittel der US-Bürgerinnen und -Bürger nicht als christlich angesehen wird.

Mitt Romneys Wahlkampfstrategie dürfte der Barack Obamas entsprechen, nur gleichsam spiegelverkehrt. Republikanische Stammwähler, weiße männliche Wähler, insbesondere in der Mitte des politischen Spektrums und im Süden der USA, werden angesprochen und mobilisiert werden. Und der Fokus wird – wie bei Obama – auf die Staaten im Mittleren Westen gerichtet sein, auf Ohio und Michigan.

Einige Monate vor der Wahl ist es unmöglich, über den Wahlausgang begründete Prognosen abzugeben – außer dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben wird. Nicht zuletzt dürfte das Ergebnis vom 6. November davon abhängen, wie die wirtschaftliche Entwicklung weiter verläuft und ob es außenpolitisch zu neuen Krisen oder gar militärischen Konflikten – etwa im Iran – kommt oder nicht. Kurz: Alles ist offen.

## Anmerkungen

- 1 Peter Lösche (Hrsg.), Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn 2008.
- 2 Siehe hierzu den schönen Essay von Christoph von Marschall, Amerika-Korrespondent des Tagesspiegels, Die spinnen, die Amis, in: Der Tagesspiegel vom 8.1.2012, S. 7.
- 3 Interview mit George McGovern, in: Süddeutsche Zeitung vom 4.11.2011.
- 4 The Economist vom 6.8.2011, S. 37 (Übersetzung des Autors).
- 5 Vgl. The Economist vom 24.9.2011, S. 64.
- 6 Isabel V. Sawhill, OWS and the Demise of the American Dream, in: Brookings Alert vom 25.10.2011.
- 7 Die Begriffe »Hispanics« und »Latinos« werden in diesem Beitrag synonym verwendet.
- 8 Zum letzten Absatz vgl. The Economist vom 1.1.2012, S. 30; The Economist vom 2.4.2011, S. 41–44; The Economist vom 12.11.2011, S. 46; William H. Frey, Five Myths About the 2010 Census and the US Population, in: Brookings Alert vom 20.12.2010; Ders., Did the 2010 Census Tell Us Anything New?, in: Brookings Alert vom 28.12.2010; Ders., America Reaches Its Demographic Tipping Point, in: Brookings Alert vom 14.9.2011.

- 9 Vgl. *The Economist* vom 2.4.2011, S. 43.
- 10 Siehe dazu Richard W. Boyd, *Obama and the Public Mood*, in: James A. Thurber (Hrsg.), *Obama in Office*, Boulder und London 2011, S. 46f.
- 11 Vgl. *The Economist* vom 5.2.2011, S. 45.
- 12 Siehe *The Economist* vom 3.12.2011, S. 47.
- 13 Siehe James A. Thurber (Hrsg.) (Anm. 10), S. 15.
- 14 Siehe dazu William A. Galston, *The President's Only chance for 2012*, in: *Brookings Alert* vom 16.11.2011.